

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom
23. Februar 2011
- 3 Haushaltssatzung 2011
- 3.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2011
Vorlage: 11/SVV/0025
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 3.1.1 Konzept zur Verknüpfung des Bildungsauftrages Naturkundemuseum mit
Biosphäre und PIK
Vorlage: 10/SVV/0700
Fraktion CDU/ANW, Fraktion B90/Die Grünen, Fraktion SPD
- 3.2 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2012
Vorlage: 11/SVV/0026
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 3.3 Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014
Vorlage: 11/SVV/0037
Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung
- 3.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2011
Vorlage: 11/SVV/0034
Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice
- 3.5 Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"
Vorlage: 10/SVV/0920
auch alle Ortsbeiräte
- 4 Erhalt der Polizeiwache Babelsberg
Vorlage: 10/SVV/0637
Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP
- 5 Sicherung des Autonomen Frauenzentrums
Vorlage: 10/SVV/1029
Gruppe Die Andere
- 6 Einhaltung des Mietspiegels durch Pro Potsdam
Vorlage: 10/SVV/1078
Gruppe Die Andere

- 7 Soziale Infrastruktur der Potenzialflächen
Vorlage: 11/SVV/0030
Fraktionen FDP, Bündnis 90/Die Grünen, SPD
- 8 Mitteilungen der Verwaltung
- 8.1 Information zum Konzept zur Änderung der Organisationsstruktur der
Fachbereiche Stadtplanung und Bauordnung (46) und Stadterneuerung und
Denkmalpflege (49) sowie zur Stärkung der Steuerungs- und
Koordinierungsfunktion bei der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen im
Geschäftsbereich 4"
- 8.2 Information zum Projekt "Sanierung Kaufhalle Zentrum Ost"
- 9 Sonstiges

Protokoll:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23. Februar 2011

Der Oberbürgermeister begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest; zu Beginn der Sitzung sind 12 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der vorliegenden Tagesordnung informiert der Oberbürgermeister über den Antrag auf Rederecht des Archiv e.V. für Herrn Kay Kärsten zum TOP 3.5 - Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger" – sowie der Bürgerinitiative „Pro-Brauhausberg“ zum TOP 3 – Haushaltssatzung 2011. Er empfiehlt, dem Antrag des Archiv e.V. zuzustimmen und gibt zu bedenken, dass es bezüglich des Antrags der Bürgerinitiative keinen Zusammenhang mit der vorliegenden Tagesordnung gebe. Deshalb sollte ein entsprechender Tagesordnungspunkt in die nächste Hauptausschusssitzung aufgenommen und das Rederecht dazu ermöglicht werden. Herr Dr. Scharfenberg spricht sich dagegen aus und verweist darauf, dass die Bürgerinitiative einen Zusammenhang mit der Haushaltssatzung sehe. Er meine, dass die bis dato großzügige Handhabung der Rederechtsanträge hier nicht unterbrochen werden sollte. Außerdem habe der Oberbürgermeister in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zu dieser Thematik berichtet, so dass die Bürgerinitiative hier nicht „weggeschickt“ werden sollte. Herr Heuer spricht sich

gegen den Antrag aus und verweist auf einschlägige Erfahrungen seinerseits im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung. Der Oberbürgermeister habe eine Aufnahme in die nächste Tagesordnung zugesagt, so dass dann das Anliegen angemessen berücksichtigt werde. Frau Engel-Fürstberger betont, dass es bei der Zustimmung zum Antrag der Bürgerinitiative auch möglich sein müsse, darüber zu diskutieren. Aus der Erfahrung mit dem Rederecht eines Anwohners bezüglich der Babelsberger Live-Nacht sollte das nicht getrennt und somit in die Tagesordnung der nächsten Hauptausschusssitzung aufgenommen werden. Frau Dr. Schröter betont nochmals die bisher kulante Handhabung und dass es ungünstig sei, dies hier zu verweigern. Der Oberbürgermeister stellt die Anträge auf Rederecht zur Abstimmung; dem Antrag des Archiv e.V. wird mit Stimmenmehrheit, bei einer Stimmenthaltung zugestimmt. Der Antrag der Bürgerinitiative „Brauhausberg“ findet mit 4 Ja-Stimmen, bei 4 Nein-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen keine Mehrheit.

Zur Niederschrift des öffentlichen Teils der 44. Sitzung des Hauptausschusses vom 23. Februar 2011 gibt es keine Hinweise und Anmerkungen; die Niederschrift wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 3 Stimmenthaltung bestätigt.

zu 3 Haushaltssatzung 2011

zu 3.1 Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2011

Vorlage: 11/SVV/0025

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Punkte 3.1 bis 3.5 nacheinander zu behandeln und zum Punkt 3.1 wie in den vergangenen Jahren auch den Bereich des Oberbürgermeisters zu betrachten.

Herr Jetschmanegg erläutert anschließend Abweichungen in den Planungen der Bereiche und verweist insbesondere auf

- die Erhöhung im Produktkonto „Aufwendungen für Bewirtung, Repräsentationen, Ehrungen, Pflege partnerschaftlicher Beziehungen“ auf Grund des Themenjahrs 2011, hier Neujahrsempfang
- die Erhöhungen bei den Sachaufwendungen für die Stadtverordnetenversammlung - auf Grund des Bergfestes, die Erhöhung der Mittel für den Migrantenbeirat (Integrationspreis) und Mittelüberschreitungen in 2010 von rund 7.000 Euro bei Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit;
- eine Übertragung von 55.800 € aus dem Geschäftsbereich 2 an das Büro für Chancengleichheit und Vielfalt für Zuschüsse an freie Träger und Vereine zur Förderung der Frauenkultur, wobei der Gesamtaufwand jedoch gleich bleibe;
- die Senkung der Aufwendungen für „Herstellung und Verkauf von Informationsmaterial, sonstige Kosten der Unterrichtung der Öffentlichkeit“ sowie der Aufwendungen für öffentliche Bekanntmachungen und Projekte aus dem Hauptstadtvertrag;
- die neu dem Bereich zugeordneten Klimaschutzkosten;
- den Mehraufwand in Höhe von 51.100 € für die Qualifizierung des Wirtschaftsservice und die Vorbereitungen für einen „Unternehmerservice“ mit erweitertem Leistungsangebot;
- die im Zusammenhang mit den in den Vorjahren erhaltenen Zuwendungen des Landes für die beiden Technologie- und Gründerzentren (2. BA

Potsdamer Centrum für Technologie und Guido-Seeber-Haus), so dass in 2011 deutliche Erhöhungen ertragsseitig und aufwandsseitig ausgewiesen sind;

- Senkungen/Erhöhungen der Mieten/Betriebskosten an KIS;
- Erhöhung insgesamt auf Grund der neuen IT-Verrechnungen.

Im Weiteren beantwortet er die Nachfragen von Frau Dr. Schröter zu den inneren Leistungsverrechnungen, von Herrn Dr. Scharfenberg zu den Personalaufwendungen, die sich insbesondere aus der Zuordnung der Aufgaben des Klimaschutzes, der Zuordnung der Sicherheitsingenieurin, tariflichen Anpassungen und den Freistellungsphasen bei Altersteilzeitverträgen ergeben. Auf die Bitte von Herrn Dr. Scharfenberg, eine Übersicht über die Struktur des Bereiches Büro des Oberbürgermeisters und aller anderen Bereiche des GB 9 zu erhalten, sagt der Oberbürgermeister zu, dass diese der Niederschrift als Anlage beigefügt werde.

zu 3.1.1 **Konzept zur Verknüpfung des Bildungsauftrages Naturkundemuseum mit Biosphäre und PIK**

Vorlage: 10/SVV/0700

Fraktion CDU/ANW, Fraktion B90/Die Grünen, Fraktion SPD

Herr Schröder bringt die geänderte Fassung der Vorlage ein - die allen Hauptausschussmitgliedern schriftlich vorliegt – und beantwortet diesbezügliche Nachfragen. So von Frau Dr. Schröter, die darauf verweist, dass es auch Varianten ohne Personalstelle gebe, die zum gleichen Ergebnis führen würden. Sie fragt nach, warum die zwingende Bindung hier festgeschrieben sei und bittet, dass sich die Verwaltung dazu äußere. Frau Dr. Magdowski führt aus, dass es in wichtigen kulturellen Bereichen auch darum gehe, eine Vorsorge für den Nachwuchs zu schaffen. Ein fester Mitarbeiter sei auch deshalb wichtig, um die Verbindungen zu den wissenschaftlichen Einrichtungen dauerhaft zu pflegen, so dass erst einmal eine befristete Stelle eingerichtet werden solle, um den wissenschaftlichen Bereich zu stärken. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Müller, ob die Begründung der „Langfristigkeit“ bedeute, dass dieser Antrag auch für 2012 ff gelte, entgegnet sie, dass das der Wunsch sei, sich jetzt aber für ein Jahr entschieden werden solle, um aus den Erfahrungen und den vorgelegten Konzepten weitere Entscheidungen treffen zu können. Auf Anregung von Frau Dr. Müller modifiziert Herr Schröder seinen Antrag mit einem **Einschub im 3. Absatz**: ... zunächst für den Zeitraum der Erarbeitung des wissenschaftlichen Konzeptes befristete ...

und einer Ergänzung um einen letzten Satz: Im Ergebnis des vorzulegenden Konzeptes wird über eine Verstärkung dieser Personalstelle mit dem Haushalt 2012 entschieden.

Gegen den Vorschlag, den Antrag mit folgendem **modifizierten** Wortlaut in den Ausschuss für Finanzen zu überweisen, erhebt sich kein Widerspruch:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Realisierungsstudie für die Verknüpfung des Naturkundemuseums mit der Biosphäre und dem PIK bis 2012 durch eine/n am Naturkundemuseum tätige Wissenschaftler/innen erstellen zu lassen.

In der Studie sind konkrete Ausstellungsinhalte, potenzielle Projektplaner, Kosten, Finanzierungsmöglichkeiten sowie Raumanforderungen darzustellen.

Wir beantragen hierfür eine zunächst für den Zeitraum der Erarbeitung des wissenschaftlichen Konzeptes befristete Personalstelle für einen wissenschaftlichen Mitarbeiter in der Entgeltgruppe E 13 mit einem Jahreswert von 61 T€.

Im Ergebnis des vorzulegenden Konzeptes wird über eine Verstärkung dieser Personalstelle mit dem Haushalt 2012 entschieden.

zu 3.2 Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2012

Vorlage: 11/SVV/0026

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Herr Exner bringt die Vorlagen **11/SVV/0026 - Eckwertebeschluss für die Planung des Haushaltsjahres 2012 und 11/SVV/0037 Haushaltssicherungskonzept 2011 – 2014** zusammen ein und beantwortet die Nachfrage von Frau Engel-Fürstberger, wie die Eckwerte ermittelt werden.

zu 3.3 Haushaltssicherungskonzept 2011 - 2014

Vorlage: 11/SVV/0037

Oberbürgermeister, Zentrale Steuerungsunterstützung

siehe Tagesordnungspunkt 3.3

zu 3.4 Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes KIS für das Wirtschaftsjahr 2011

Vorlage: 11/SVV/0034

Oberbürgermeister, Kommunaler Immobilienservice

Zu diesem Tagesordnungspunkt wird die Nachfrage von Herrn Schröder beantwortet, ob die 400.000 Euro, die der Fontane-Schule zugunsten der Lenné-Schule abgezogen worden sind, dem Wirtschaftsplan des KIS wieder zugeführt werden können. Herr Richter betont, dass dieser sicher berechtigte Wunsch nicht erfüllt werden könne, da weder Projekte verschoben werden können, noch Einsparungen möglich seien und verweist in diesem Zusammenhang auf die Mitteilungsvorlage DS 11/SVV/0114 - Haushaltsbegleitender Beschluss H 7, Sanierungsbedarf Schulen, Kitas, Turnhallen 2014 ff .

zu 3.5 Ergebnisse zum Bürgerhaushalt 2011 "Liste der Bürgerinnen und Bürger"

Vorlage: 10/SVV/0920

auch alle Ortsbeiräte

Zu diesem Tagesordnungspunkt erhält Herr Kärsten vom Archiv e. V. das Rederecht, der in seinen Ausführungen auf die in der letzten Woche erteilte Baugenehmigung verweist sowie darauf, dass noch immer 55 % der Kosten für die Brandschutzsanierung nicht gedeckt seien. Im Anschluss an seinen Redebeitrag reicht er einen offenen Brief an die Anwesenden aus. Daran anknüpfend stellt Herr Dr. Scharfenberg fest, dass sich aus dieser Situation Handlungsbedarf für die laufende Haushaltsdiskussion ergebe, denn in diesem Rahmen müsse entschieden werden, ob Mittel zur Deckung des Fehlbedarfs eingeordnet werden oder nicht.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass es zu allen Vorlagen bezüglich der

Haushaltssatzung 2011 noch Erörterungsbedarf in den Fraktionen gebe und die abschließende Diskussion im Finanzausschuss am 23. März erfolgen werde, so dass im Hauptausschuss keine Abstimmung erfolgen sollte.

Gegen diese Verfahrensweise erhebt sich kein Widerspruch.

zu 4 **Erhalt der Polizeiwache Babelsberg**

Vorlage: 10/SVV/0637

Fraktion CDU/ANW, Fraktion FDP
neue Fassung vom 24.08.2010

Herr Schröder bringt den Antrag ein und verweist darauf, dass es die Bereitschaft gebe, darüber nachzudenken, so dass um ein Gespräch mit dem Innenminister gebeten werde. Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass der Antrag schon inhaltlich überholt sei, weil im Rahmen der polizeiinternen Infrastruktur Stützpunkte für den Revierdienst und als Anlaufstellen für den Wach- und Wechseldienst geschaffen werden sollen. Außerdem sei Babelsberg im Verhältnis zu anderen Standorten im Land Brandenburg gut versorgt und die öffentliche Sicherheit in Potsdam mit dem Wegfall der Polizeiwache nicht gefährdet. So stehe wohl eher die Frage, wie eine Polizeipräsenz zukünftig in Babelsberg gestaltet werde und wenn der Antrag so gemeint sei, könne man ihn beschließen, ansonsten sei es eine unrealistische Zielstellung.

Herr Schröder merkt dazu an, dass es nur zwei Möglichkeiten zum Umgang mit dem Antrag gebe, nämlich die, dass Herr Dr. Scharfenberg helfe, den Antrag auf den neuesten Stand zu bringen oder die, den Antrag in der vorliegenden Form zu verabschieden und auf die Antwort des Innenministers zu warten. Herr Dr. Scharfenberg empfiehlt, darüber nicht abzustimmen, sondern das Anliegen zu begleiten und zum geeigneten Zeitpunkt Vertreter des Ministeriums oder des Polizeipräsidiums berichten zu lassen.

Im Ergebnis wird dem Vorschlag des Oberbürgermeisters gefolgt, das Anliegen in den jährlichen Bericht des Polizeipräsidenten zu integrieren und den Antrag bis dahin **zurückzustellen**.

zu 5 **Sicherung des Autonomen Frauenzentrums**

Vorlage: 10/SVV/1029

Gruppe Die Andere

Der Oberbürgermeister informiert, dass dem Autonomen Frauenzentrum Räume in der Schiffbauergasse angeboten worden sind, die die Bundesstiftung Baukultur verlässt. Die neuen Räume seien großzügig und zudem preiswerter als das vom Autonomen Frauenzentrum favorisierte Objekt in der Friedrich-Ebert-Straße. Das Autonome Frauenzentrum sei von diesem Angebot ganz „angetan“; allerdings gebe es einen zusätzlichen Finanzbedarf, der in den Haushalt 2011 eingestellt werde.

Frau Heigl erklärt namens der Gruppe Die Andere den **Antrag als erledigt**; ihre Nachfrage, ob der zusätzliche Finanzbedarf auch in den Folgejahren in den Haushalt aufgenommen werde, bejaht der Oberbürgermeister.

zu 6

Einhaltung des Mietspiegels durch Pro Potsdam

Vorlage: 10/SVV/1078

Gruppe Die Andere

Der Oberbürgermeister informiert über die Festlegung in der letzten Hauptausschusssitzung, zu diesem Tagesordnungspunkt den Fachbereich und die Pro Potsdam einzuladen. Anschließend erläutert Herr Böttche für den Bereich Wohnen der Stadtverwaltung die Stellungnahme der Verwaltung zu diesem Antrag und erläutert den rechtlichen Rahmen sowie die Bedeutung des Mietspiegels. Herr Westphal betont für die Pro Potsdam, dass sich diese im Rahmen der abgestimmten Zielstellung mit der Stadt bewege und es hier eine enge Zusammenarbeit gebe.

Frau Hüneke verweist in ihren Ausführungen auf den in der letzten Sitzung eingebrachten Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der darauf abziele, das Bewusstsein dafür zu schaffen. Deshalb der Vorschlag, Miethöhen, die die maximale Spannweite der zutreffenden Mietspiegelkategorie übersteigen, vom Aufsichtsrat genehmigen zu lassen.

Im Rahmen des zu diesem Antrag geführten Meinungsaustausches wird über bereits praktizierte Maßnahmen der Pro Potsdam sowie weitere Möglichkeiten diskutiert. Herr Westphal betont, dass die Pro Potsdam seit Jahresbeginn einen Familienbonus anbiete (hier werde für jedes Kind der Mietpreis für ein Jahr um 50 Euro/pro Monat gesenkt) sowie ein Senioren-Paket, wenn Mieter aus größeren in kleinere Wohnungen umziehen, wird der Mietpreis um zehn Prozent unterhalb des Mietspiegels festgelegt. Der Oberbürgermeister führt aus, dass die Pro Potsdam bis 2019 pro Jahr zwei Mio. Euro in den sozialen Wohnungsmarkt investieren werde. Die pro Jahr dafür nötige Gewinnerzielung sei eine gewaltige, aber lösbare Aufgabe. Nur bei einem Prozent des Wohnungsbestandes der Pro Potsdam werden höhere Mieten verlangt, weil es attraktive Wohnungen gebe, wo das Unternehmen nehme, was der Markt hergebe.

Im Weiteren wird mehrfach auf die in Potsdam gegebene Wohnungsknappheit verwiesen, die Mietsteigerungen zur Folge habe und die Vergrößerung des Wohnungsbestandes in der Landeshauptstadt erfordere. Herr Westphal betont, dass auch andere Städte Mietsteigerungen zu verzeichnen hätten und die Pro Potsdam mit dem neuen Mietspiegel auch Reduzierungen in einigen „Fächern“ vorsehe, was ca. 6.500 Wohnungen betreffe.

Frau E. Müller-Preinesberger hebt die gute Zusammenarbeit mit dem Unternehmen zur Absicherung des Bedarfs an Sozialwohnungen hervor und betont, dass sie mit dem Wechsel von einer Objekt- zu einer Subjektförderung sehr zufrieden sei; aber auch dazu benötige das Unternehmen Spielräume.

Unter Verweis auf die Berichtspflicht der Pro Potsdam bezüglich der strategischen Neuausrichtung des Unternehmens schlägt Herr Dr. Scharfenberg vor, den Antrag bis zur nächsten Sitzung des Hauptausschusses zurückzustellen und unter Berücksichtigung dieses Aspekts überarbeitet wieder vorzulegen.

Der Oberbürgermeister spricht sich dagegen aus, weil die Rolle der Pro Potsdam im Hauptausschuss ausführlich diskutiert worden sei und im Balanced-Scorecard-Verfahren mündete. Außerdem habe er keinen praktikablen Vorschlag im Rahmen der Diskussion gehört, der dem Anliegen gerecht werde. Ebenso spricht sich Frau Engel-Fürstberger gegen eine Zurückstellung aus, da sie sich eine sinnhafte Überarbeitung nicht vorstellen könne. Sie meine, der Markt müsse sich vergrößern und die Angebote verbessern, um die Nachfrage bedienen zu können.

Der Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage **zurückzustellen**, wird zur Abstimmung gestellt und mit 7 Ja-Stimmen, bei 5 Nein-Stimmen **angenommen**.

zu 7

Soziale Infrastruktur der Potenzialflächen

Vorlage: 11/SVV/0030

Fraktionen FDP, Bündnis 90/Die Grünen, SPD
mit Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW

Eingangs beantragt Herr Dr. Scharfenberg nochmals das Rederecht für die Bürgerinitiative „Pro-Brauhausberg“ und begründet den Zusammenhang mit diesem Tagesordnungspunkt. Der Oberbürgermeister spricht sich dagegen aus und stellt den Antrag auf Rederecht zur Abstimmung, der mit 6 Ja- und 6-Nein-Stimmen **keine Mehrheit** findet.

Im Weiteren informiert der Oberbürgermeister über das zustimmende Votum des Jugendhilfeausschusses und die dazu beschlossenen Änderungen und Ergänzungen, die den Hauptausschussmitgliedern schriftlich vorliegen.

Frau Engel-Fürstberger begründet nochmals das Anliegen der Vorlage zur sozialen Infrastruktur der Potenzialflächen und begründet, warum ihre Fraktion die Änderungen/Ergänzungen nicht übernehme.

Frau Müller-Preinesberger und Frau Dr. Müller informieren über die Hintergründe des im Jugendhilfeausschuss verabschiedeten Änderungs- und Ergänzungsantrages und verweisen darauf, dass es eine jährliche Kita-Bedarfsplanung gebe, um angepasst reagieren zu können, aber eine integrierte Schul- und Kita-Planung in der Stadt noch nicht funktioniere. Eben aus dieser Erfahrung heraus wurden die Änderungen/Ergänzungen beschlossen. Herr Schröder spricht sich dafür aus, die Friedrich-Engels-Straße in die Planung mit einzubeziehen und vor der Freihaltung von Flächen zu prüfen, wo die Kinder herkommen, um Wege zu Kinder- und Jugendeinrichtungen möglichst „kurz“ zu halten. Er verweist auf den Änderungsantrag seiner Fraktion, im zweiten Absatz die Worte „auch einen geeigneten Standort“ zu streichen und dafür „eine Bedarfsanalyse“ einzusetzen.

In der weiteren Diskussion werden die Änderungen diskutiert und darauf verwiesen, dass der Änderungsantrag der Fraktion CDU/ANW eigentlich im Antrag schon erfasst sei. Im Weiteren sprechen sich mehrere Hauptausschuss-Mitglieder dafür aus, erst den Bedarf zu analysieren und dann Standorte festzulegen. Als Beispiel nennt Herr Klipp die in der Friedrich-Engels-Straße errichteten 670 Wohneinheiten, wo es insgesamt aber nur 2 Kinder gebe. Er informiert im Weiteren, dass bereits eine Veranstaltung zum Infrastrukturkonzept für die Bereiche, die sich dynamisch entwickeln, geplant sei.

Anschließend werden die Änderungen/Ergänzungen aus dem Jugendhilfeausschuss abgestimmt und einstimmig angenommen.

Der so geänderte Antrag wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu berichten, wie und in welchem Ausmaß die Stadt dafür Sorge trägt, dass der bedarfsgerechte Ausbau der sozialen Infrastruktur bei der Entwicklung der innerstädtischen Potenzialflächen in der Teltower und Templiner Vorstadt und der südlichen Innenstadt gemäß des Beschlusses 07/SVV/0801 berücksichtigt wird.

Daneben soll der Bericht auch eine Bedarfsanalyse für Kita- und Jugendeinrichtungen beinhalten.

Termin für den Bericht in den Fachausschüssen ist das IV. Quartal 2011.

~~Der Bericht soll auch einen geeigneten Standort für eine Grundschule im Entwicklungsgebiet enthalten und der Stadtverordnetenversammlung im August 2011 vorgelegt werden.~~

Der Stadtverordnetenversammlung ist ein Bericht zur möglichen Vorhaltefläche für eine Grundschule sowie einzurichtende Kita- und Jugendeinrichtungen im August 2011 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen.

zu 8 Mitteilungen der Verwaltung

zu 8.1 Information zum Konzept zur Änderung der Organisationsstruktur der Fachbereiche Stadtplanung und Bauordnung (46) und Stadterneuerung und Denkmalpflege (49) sowie zur Stärkung der Steuerungs- und Koordinierungsfunktion bei der Geschäftsstelle Stadtentwicklung und Bauen im Geschäftsbereich 4"

Nach Aufruf des Tagesordnungspunktes wird seitens der Hauptausschussmitglieder festgestellt, dass die Information nicht schriftlich ausgereicht worden ist. Frau Engel-Fürstberger beantragt die **Zurückstellung** des Tagesordnungspunktes zur nächsten Hauptausschusssitzung und die schriftliche Ausreichung der Unterlagen. Dieser Geschäftsordnungsantrag wird mit 9 Ja-Stimmen, bei 1 Nein-Stimme und 1 Stimmenthaltung **angenommen**.

zu 8.2 Information zum Projekt "Sanierung Kaufhalle Zentrum Ost"

Herr Klipp informiert, dass für den Neubau des REWE-Marktes ein Bauantrag gestellt worden sei und mit den Antragstellern an der Vervollständigung der Unterlagen gearbeitet werde. Das Baugenehmigungsverfahren laufe ebenso wie Gespräche zum Grundstückserwerb. Bezüglich der Interimsverkaufsstätte gebe es nur eine geeignete Fläche und das sei der Platz, auf dem „Starkbäume“ stehen, die nicht gefällt werden dürfen – der entsprechende Bauantrag fehle jedoch noch. Mittlerweile sei eine Lösung dazu abgestimmt und eine Fachfirma gefunden, die sagt, man könne die Bäume umsetzen – fachlich korrekt heiße das „umschulen“. Diese Firma werde die Arbeiten auch ausführen und übernehme auch eine Anwachsgarantie für die Bäume. Nach Beendigung der Bauarbeiten und dem Abbau der Interimsverkaufsstätte stelle REWE die genutzte Fläche wieder her, was auch Schäden in Folge der Bauarbeiten und Baumpflanzungen einschließe. Auf die Nachfrage von Herrn Dr. Scharfenberg, wann die Umsetzung erfolge und ob es Probleme mit der jetzt beginnenden Vegetationsperiode gebe, entgegnet Herr Klipp, dass dies auf jeden Fall zu berücksichtigen sei und je früher die Umsetzung erfolge, desto besser.

neu Information zum Abfluss der KP II-Mittel

Frau Zakrzewski erläutert an Hand visueller Darstellung den gegenwärtigen Sachstand und betont, dass die Stadt die Mittel aus dem Konjunkturpaket II planmäßig ausbebe und derzeit keine Risiken bekannt seien. Sie verweist in ihren Ausführungen darauf, dass das Klinikum „Ernst von Bergmann“ als

Spitzenreiter bereits 98 % der bewilligten Mittel abgerufen habe, nur die Abrechnung noch fehle.
Die Grafiken werden der Niederschrift als Anlage beigefügt und in das RIS eingestellt.

zu 9 Sonstiges

Seeoper Hermannswerder

Frau Dr. Schröter bezieht ihre Nachfrage auf die Pressemeldung, dass bereits seit Dezember 2010 ein Gutachten der Unteren Naturschutzbehörde existiere, das die Durchführung der Veranstaltungen versage. Sie fragt, ob es keine entsprechenden Signale an die Veranstalter gegeben habe, denn bis zuletzt seien alle sehr optimistisch von einer Machbarkeit ausgegangen. Der Oberbürgermeister entgegnet, dass sich die Stadt auch andere Standorte hätte vorstellen können und sich alle von Anfang an bewusst gewesen seien, dass Hermannswerder ein schwieriger Standort sei. Den Veranstaltern seien die erarbeiteten Zwischenstände als „zu lösende Probleme“ immer mitgeteilt worden. Natürlich habe es auch seitens der Stadt die Einstellung gegeben, dass die Seeoper „toll“ sei - aber immer unter dem Aspekt, dass damit die zu lösenden Probleme nicht einfach „weggedacht“ werden können. Frau Müller - Preinesberger schließt daran an, dass es sich der Stellungnahme der UNB vom 16.12.2010 nicht um ein Gutachten, sondern um einen Prüfvermerk gehandelt habe. Für ein Gutachten hätte es entsprechender Antragsunterlagen bedurft, die es jedoch nicht gegeben hat. Der Prüfvermerk beinhalte die reine Bewertung der gesetzlichen Situation. Auf die Nachfrage von Frau Dr. Schröter, ob mit dem Prüfvermerk nicht die „rote Lampe“ angegangen sei, um das Vorhaben umzulenken oder die „Reißleine“ zu ziehen, entgegnet Frau Müller-Preinesberger, dass der Veranstalter das gewusst habe, aber deutlich war, dass wenn er mit seinem Begehren nicht gegen das sogenannte Verschlechterungsverbot verstoßen würde, eine naturschutzrechtliche Genehmigung möglich gewesen wäre. Eine detaillierte Prüfung war aber vom Vorliegen des konkreten Bauantrages mit den entsprechenden Details abhängig.

Tierheim

Herr Dr. Scharfenberg verweist auf seine vorab der Verwaltung zugeleiteten Fragen zum Tierheim, die sich auf die momentane Situation im Ausschreibungsverfahren beziehen, die weitere Zusammenarbeit mit der Bürgerinitiative und den Bürgerinnen und Bürger von Fahrland, den Termin der Bürgerversammlung sowie den Termin für die Beschlussvorlage.

Frau Müller-Preinesberger entgegnet, dass Anfang nächster Woche eine Entscheidung im Vergabeverfahren vorgeschlagen werde, am 16.03.2011 eine Begehung mit dem Tierheimrat vor Ort erfolge, die Bürgerversammlung für den 23.03.2011 geplant sei und der Ortsbeirat am 12. April über den Vergabevorschlag beraten sowie der Hauptausschuss am 27. April entscheiden werde.

Hochspannungsleitung Marquardt

Herr Dr. Scharfenberg schlägt vor, dass bezüglich des Beschlusses DS 11/SVV/0135 bezüglich der Hochspannungsleitung im Ortsteil Marquardt eon.edis und ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums in den Hauptausschuss eingeladen werden.

Es gehe insbesondere darum, darzulegen, wie die Stadt Potsdam ihren Einfluss diesbezüglich geltend machen kann, dass die Neuverlegung der Hochspannungsleitung in Marquardt durch Erdverkabelung oder durch eine Verlegung der Trasse außerhalb der Wohnbebauung erfolgt.

Der Oberbürgermeister sagt zu, die genannten Vertreter einzuladen.

Workshopverfahren Kirchsteigfeld

Herr Dr. Scharfenberg verweist darauf, dass es zum Workshopverfahren Kirchsteigfeld neue Varianten gebe und bittet, diese vor dem Termin den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

Herr Klipp verweist seinerseits auf eine diesbezügliche Absprache mit Frau Jana Schulze und die Zusage von Herrn Goetzmann, dass diese auf der Website eingestellt werden, was ab dem heutigen Tag erfolgt sein müsste. Er macht im Weiteren darauf aufmerksam, dass diese Liste der Varianten „nach hinten“ offen sei und im Laufe der Woche weitere Varianten hinzukommen könnten.

Teilhabe- und Bildungspaket

Frau Dr. Müller fragt Bezug nehmend auf das Teilhabe- und Bildungspaket der Bundesregierung und die dazu geführte Diskussion in der letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung nach dem derzeitigen Sachstand, welche Schritte die Verwaltung gegangen sei und welche Zielstellungen es diesbezüglich gebe.

Frau Müller-Preinesberger entgegnet, dass die Verwaltung hier von 0 auf 100 gestartet sei, da das Teilhabe- und Bildungspaket zum 01.04.2011 umgesetzt werden müsse.

Um diesem ehrgeizigen Auftrag entsprechen zu können wurde eine Projektgruppe gebildet, um die Abstimmungen mit dem Jobcenter Potsdam, dem Schulverwaltungsamt und den weiteren Verwaltungseinheiten vornehmen zu können. Da es sich bei dem Bildungs- und Teilhabepaket um eine Regelsatzersatzleistung handele – die allerdings von einem gesonderten Antrag abhängt, müsse nach Ansicht von Frau Müller-Preinesberger sichergestellt sein, dass der Zugang so niedrigschwellig wie möglich sei.

Nach den Vorstellungen der Verwaltung solle daher eine Antragstellung sowohl im Jobcenter, beim Kita-Tipp, im Bürgerservice und natürlich beim Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umweltschutz möglich sein.

Die Aufgaben aus dem SGB II liegen nach der Gesetzeslage eigentlich beim Job-Center auch hier wolle man prüfen, zu welchen Bedingungen die LHP die Administration der Aufgaben des Bildungs- und Teilhabepaketes für den Personenkreis der SGB II Bezieher ebenfalls übernehme (Stichwort: Leistung für alle Kinder aus einer Hand). Für den Personenkreis nach dem SGB XII; der Wohngeldbezieher und Kinderzuschlagsberechtigten ist die Kommune zuständig. Mit dem Städte- und Gemeindebund und den weiteren kreisfreien Städten befinde man sich in enger Abstimmung.

Zu Schulsozialarbeitern gebe es noch nichts Neues.

Auf die Nachfrage von Frau Heigl, ob auch Mittel aus dem Teilhabe- und Bildungspaket auch für den Besuch der städtischen Musikschule verwendet werden könnten, entgegnet Frau Müller-Preinesberger, dass die Begrenzung bei

10 Euro monatlich liege und auch hier werde genauso wie bei der Teilhabe für Sport zu prüfen sein, inwieweit auf vorhandene Angebote in der Stadt orientiert werden kann, die ggf. auch unter Rahmenverträge zu subsummieren sein könnten.